Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonntag, den 20. Dezember 1885. Nr. 594

Deutschland.

Berlin, 19. Dezember. Der Kaiser hatte heute Vormittag eine Konferenz mit dem Vize-Admiral Grafen Monts und arbeitete Mittags längere Zeit mit dem Chef des Militär-Kabinets General-Lieutenant v. Albedyll. Nachmittags empfing der Kaiser den von den Beisetzungsfeierlichkeiten aus Spanien gestern zurückgekehrten Statthalter von Elsaß-Lothringen Fürsten Hohenlohe-Schillingsfürst und unternahm dann eine Spazierfahrt. Um 5 Uhr findet im königlichen Palais zu Ehren der am hiesigen Hofe accreditirten Botschafter, wie in jedem Jahre, ein größeres Diner statt, zu welchem außer den Botschaftern Rußlands, Englands, Frankreichs, Oesterreich-Ungarns, Italiens und der Türkei und resp. deren Gemahlinnen, auch die Militärbevollmächtigten der durch Botschaften vertretenen Staaten, ferner General-Feldmarschall Graf Moltke, die Chefs des Zivil- und des Militär-Kabinets, Ober-Zeremonienmeister Graf zu Eulenburg, der Statthalter Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst u. s. w. Einladungen erhalten haben. Morgen Nachmittag findet im kaiserlichen Palais die Familientafel statt.

— An den irischen Projekten Gladstone's ist, wenn auch Einzelheiten noch berichtigt werden mögen, nicht mehr zu zweifeln. Der Londoner Korrespondent von „Freeman's Journal" in Dublin telegraphirt unterm 17. eine Bestätigung der Meldung, daß Mr. Gladstone einen Plan für „Home Rule" in Irland entworfen habe, welcher die Billigung von Lord Spencer und Lord Granville gefunden hätte, während der Beitritt Mr. Chamberlain's und Lord Hartington's noch ausstände. Man behaupte, daß Mr. Chamberlain in dieser Angelegenheit von Sir Charles Dilke beeinflußt werde. Ferner wird dem „Dublin Expreß" aus London telegraphirt, es herrsche darüber kein Zweifel, daß Mr. Gladstone über die Frage irischer Reformen gewissen Mitgliedern der königlichen Familie näher getreten sei. Es sei vielfach das Gerücht im Umlauf, daß der Ex-Premier den Prinzen von Wales für seinen Plan zu gewinnen suche, um den Einfluß des Prinzen zur Beseitigung der ihm im Wege liegenden Hindernisse zu verwerthen. Und endlich schreibt vorgestern „United Ireland", das Organ Parnell's, über denselben Gegenstand:

„Wenn es wahr ist, daß die Tories beschlossen haben, nichts weiter als einen Grafschafts-Regierungs-Plan anzubieten, so ist daraus nur zu folgern, daß die Tories Grund zu glauben haben, ihre Gegner gedenken ein irisches Parlament anzubieten, und daß sie dazu entschlossen sind, auf diesem Terrain den Streit im neuen Parlament auszufechten."

Mr. Gladstone telegraphirt an die Tagesblätter bezüglich der vom „Standard" veröffentlichten Umrisse eines „Home Rule"-Planes für Irland, den er dem Parlament vorzulegen beabsichtige, wie folgt:

„Die Meldung ist keine genaue Darstellung meiner Ansichten, sie ist aber, wie ich annehme, eine darauf begründete Muthmaßung. Auch ist sie nicht mit meinem Wissen oder meiner Ermächtigung veröffentlicht; und ebensowenig irgend eine andere, außer meine eigenen öffentlichen Aeußerungen.

(gez.) W. E. Gladstone."

— Unter dem Vorsitze des Herrn Oberbürgermeisters v. Forckenbeck hat sich, wie dem „B. T." mitgetheilt wird, heute Mittag 12 Uhr im Berliner Rathhause das Komitee der Stiftung für die Hinterbliebenen der mit S. M. Korvette „Augusta" untergegangenen Besatzung endgültig konstituirt. Zum Komitee, dessen Mitglieder bereits bekannt sind, wurde noch Herr Geheimer Rath Hencke vom Kruppschen Etablissement hinzugezogen. Zugleich wurde über die Organisation des Unterstützungswerkes Beschluß gefaßt. Es handelte sich dabei im Ganzen um 223 Hinterbliebene, von denen sich indeß 26 nicht gemeldet, 15 ausdrücklich verzichtet hatten, so daß 182 zu Unterstützende übrig blieben. Eingegangen waren insgesammt 187,000 Mark. Davon wurden vertheilt an 8 Wittwen mit 9 Kindern, und zwar an die Wittwen lebenslängliche Pensionen zu je 300 Mark, an die Kinder von 17 bis 21 Jahren Unterstützungsbeträge von jährlich 150 Mark. Letztere erhalten eine bei eintretender Großjährigkeit noch einmalige Abfindungssumme von je 4000 Mark. 14 Hinterbliebene wurden besonders bedacht mit einmaligen Zahlungen im Gesammtbetrage von 16,700 Mark. Ferner wurden wegen besonderer Verhältnisse einmalige Unterstützungen in verschiedenartiger Höhe ausgeworfen, je nachdem der Verunglückte einziger Sohn gewesen, je nachdem er noch mehrere kleinere Geschwister, je nachdem er erwachsene Geschwister hinterlassen hatte. In 32 Fällen der ersten Kategorie beträgt die einmalige Unterstützung je 300 Mark, in 78 der zweiten Kategorie je 450, in 51 der dritten je 600 Mark. Sämmtliche Betheiligten sind von den ihnen zugedachten Pensionen und Unterstützungen noch vor Weihnachten zu benachrichtigen.

— Die Lage in Egypten nimmt immer ernstere Züge an. Aus Kairo wird unterm 16. d. Mts. englischen Zeitungen geschrieben:

„In Folge des Argwohns, daß es in Unter-Egypten eine große Anzahl von Personen giebt, die mit den Rebellen im Schriftwechsel stehen, und ferner des Umstandes, daß mehrere derartige Personen bereits verhaftet worden sind, ist beschlossen worden, durch eine Proklamation bekannt zu geben, daß von nun an alle Egypter, die in einem unerlaubten Briefwechsel mit dem Feinde betroffen werden, einem kriegsrechtlichen Verfahren wegen Hochverraths verfallen. Ein dahin lautendes Dekret wird morgen im Amtsblatt erscheinen. Man befürchtet indeß, daß die Gesetzübertreter in einigen Fällen Ausländer sind, die natürlich durch die Kapitulationen geschützt sein würden."

— Aus Oberbirma kommen seit einigen Tagen fortgesetzt Nachrichten von der Niedermetzelung einzelner Europäer. Auch englische Detachements werden da und dort angehalten. Der Guerillakrieg scheint demnach in aufsteigender Entwicklung sich zu befinden.

— Durch Regierungs-Verfügung ist bestimmt worden, daß in den Volksschulen das Regierungs-Jubiläum am 4. Januar in der ersten Schulstunde mit einer Feier begangen werden soll.

— Morgen Nachmittag um 1 Uhr wird der Bundesrath zur letzten Plenarsitzung vor den Ferien zusammentreten. Neu eingegangen sind zwei Entwürfe für Elsaß-Lothringen, über die Depositenverwaltung und über die Feststellung des Landeshaushaltsetats von Elsaß-Lothringen für 1886—1887. Es folgen dann Anträge der Ausschüsse für Zölle und Steuern, Handel und Verkehr, und der mündliche Bericht der beiden so eben genannten Ausschüsse und des Ausschusses für Rechnungswesen über den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Besteuerung des Zuckers, ferner der Ausschußantrag, betreffend den Gesetzentwurf über die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, ferner Ausschußberichte über eine Eingabe betreffend die Anwendung des Unfallversicherungsgesetzes auf Regiebetriebe des Staates und der Gemeinden. Weitere Ausschußberichte betreffen dann die sämmtlichen, in letzter Zeit eingegangenen Entwürfe für Elsaß-Lothringen. Es ist hieraus ersichtlich, daß das wichtigste für die jetzige Reichstagssession bestimmte Material, so weit dasselbe in der Eröffnungsrede angekündigt worden, von dem Bundesrathe bereits erledigt worden ist.

— Die Ausschußberathungen über die Zuckersteuer haben kürzlich vertagt werden müssen, weil nicht alle Bevollmächtigte hinreichend instruirt waren. Die Hauptberathung hat heute stattgefunden und es ist die Vorlage ziemlich unverändert angenommen worden. Der Entwurf über die Ausdehnung des Unfallversicherungsgesetzes hat, wie bereits gemeldet worden, mancherlei Abänderungen erfahren, welche als das Ergebniß eingehender und sehr lebhafter Ausschußberathungen anzusehen sind. Die Abänderungen haben sich besonders wegen der bestehenden Gesetzgebung in den Einzelstaaten als unabweisbar gezeigt. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß alle gedachten Entwürfe morgen ohne Schwierigkeit nach den Ausschußanträgen die Zustimmung des Bundesrathes finden werden. Die Zuckersteuervorlage soll dann ohne Verzug an den Reichstag gelangen und den Abgeordneten in die Heimath nachgesandt werden, so daß die erste Berathung der Vorlage in der zweiten Januarwoche erfolgen kann.

— Der in der Provinz Sachsen vorgekommene Mischehen-Fall wird in einer Zuschrift an die „Germania" wie folgt dargestellt:

Ein protestantischer Offizier hielt vor kaum Jahresfrist um die Hand einer katholischen Dame bei deren katholischem Vater, einem im höchsten Ansehen stehenden Beamten, an. Der letztere machte seine Zustimmung sofort abhängig von den für einen Katholiken ganz selbstverständlichen Bedingungen katholischer Trauung und katholischer Kindererziehung. Der Bewerber wollte sich die Sache überlegen. Nach einigen Wochen erklärte er dem Vater rundweg, er acceptire die Bedingungen, und die Verlobung fand statt. Nachdem man dann im Spätsommer den Trauungstermin festgesetzt hatte, that zu größter Verwunderung der Braut und ihres Vaters der Bräutigam die Aeußerung, daß er neben der katholischen Trauung auch die protestantische verlange, da er „den Segen seiner Kirche nicht vermissen könne". Der Vater der Braut und diese selber einigten sich jedoch schließlich mit dem Bräutigam dahin, daß die Trauung nach katholischem Ritus stattfinden solle, aber im Hause der Braut, und daß nach derselben, gleichfalls im Hause, der protestantische Divisionspfarrer eine Rede an die Getrauten halten und darin seine Segens- und Glückwünsche aussprechen möge. Der Bräutigam übernahm es, die Sache in diesem Sinne mit seinem Divisionspfarrer zu regeln, und erklärte bald nachher seiner Braut und deren Vater, daß der Divisionspfarrer, welcher Anfangs darauf bestanden, den Redeakt in der Kirche zu halten, wenn die katholische Trauung in der Kirche stattfände, nunmehr ganz mit diesem Arrangement einverstanden sei. Die Braut erkrankte und die Hochzeit mußte verschoben werden. Nach baldiger Genesung wurde die Trauungsfeierlichkeit auf den 24. November festgesetzt, die Gäste eingeladen, die Aussteuer dem neuen Wohnsitze zugeführt. Der Vater der Braut macht dem Divisionspfarrer einen Besuch, um ihn zum Hochzeitsmahl einzuladen. Da auf einmal erklärt der Divisionspfarrer, daß er aber seinem Akte die Frage der Eheschließung zur Beantwortung an das junge Paar stellen würde, d. h. auf Deutsch, daß er nochmals trauen wolle. Der Vater berief sich auf sein Abkommen mit dem Bräutigam und auf dessen Bericht, daß der Herr Divisionspfarrer mit diesem Abkommen einverstanden sei. Indeß der Prediger bestand auf seiner Fragestellung, d. h. Trauung. Selbstredend mußte nun die ganze Feier, wenigstens einstweilen, unterbleiben. Der katholische Pfarrer hatte das Abkommen zwischen Braut und Vater einerseits und Bräutigam und Divisionspfarrer andererseits sofort gebilligt und war bereit, die Trauung im Hause vorzunehmen.

Berlin, 19. Dezember. Nach einer Meldung der „Polit. Korr." aus Konstantinopel hat die Pforte an die Großmächte eine Zirkularnote versendet, in welcher sie deren Mitwirkung zu einer praktischen Lösung der ostrumelischen Frage ansucht. Dieser Kundgebung der Pforte wird in Konstantinopel die Absicht zugeschrieben, die Herstellung eines Einklanges zwischen dem englischen Standpunkte und dem der anderen Mächte durch Anbahnung eines neuen Gedanken-Austausches zwischen den Kabinetten zu versuchen.

In Erläuterung dieser ziemlich unbestimmt lautenden Meldung der „Polit. Korr." erhält das „Berl. Tagebl." folgendes Privat-Telegramm aus London:

„Die neueste türkische Zirkularnote giebt eine kurze Uebersicht der jüngsten Ereignisse auf der Balkan-Halbinsel und betont, wie durch die weise Mäßigung der Pforte bisher jedes Blutvergießen in Rumelien vermieden wurde. Wenn die Türkei sich in allen Punkten den Rathschlägen der Mächte fügte, so erwartet sie darum, daß dieselben gerade jetzt energische Maßnahmen befürworten, welche die friedliche Wiederherstellung des status quo ante ermöglichen. Durch den serbisch-bulgarischen Krieg sei die ganze Situation sehr verändert worden; als dringend nothwendig erscheine es, daß die ostrumelische Frage jetzt möglichst bald in dem Sinne erledigt werde, den die Großmächte von Anfang an als den einzig berechtigten anerkannt hätten. Wenn die rumelischen Soldaten und zum Theil vielleicht auch die bulgarischen Truppen wieder in Rumelien ständen, so sei die Regelung der Affaire bedeutend erschwert, indem von dem siegreich heimgekehrten Heere gegenüber den Maßregeln der türkischen Regierung Widerstand zu befürchten wäre."

Der Türkei ist es gewiß nicht zu verdenken, wenn sie keine Lust hat, jetzt allein die Zeche zu bezahlen, wenn nun Serbien einmal nichts geschehen soll. Offenbar will die Pforte insofern ihre volle Autorität wahren, als sie erst den status quo ante wiederherstellt und sodann vielleicht aus freien Stücken den Wünschen des Fürsten von Bulgarien Rechnung trägt. Daß diese bedingungsweise Wiederherstellung des früheren Zustandes am besten durchzuführen ist, bevor die jetzt an der serbischen Grenze stehenden Truppen in das Land zurückgekehrt sind, liegt auf der Hand. Andererseits ist es Thatsache, daß die Friedenspartei, welche lange unbeschränkt das Heft in Konstantinopel in den Händen hatte, neuerdings einen Theil ihres Einflusses an die Kriegspartei hat abgeben müssen. Daß in Thessalien und Albanien bedeutende Truppenmassen konzentrirt sind, haben wir schon hervorgehoben.

— Abermals erneut sich das Gerücht, daß der Regent von Braunschweig, Prinz Albrecht, das General-Kommando des 10. (hannoverschen) Armeekorps mit einer General-Inspektion vertauschen und die Stelle einnehmen werde, welche der verstorbene Großherzog von Mecklenburg-Schwerin bekleidet hat. Ob dieses Gerücht jetzt mehr Grund als früher hat, wird sich bald ergeben, doch schließt die Regentschafts-Führung die Befehlshaberschaft eines Armeekorps nicht aus, obschon die längere Abwesenheit von dem Sitze jener obersten Befehlhaberschaft vielleicht eine Aenderung angebracht erscheinen lassen könnte.

— Die Wiederbesetzung der Stelle eines Erzbischofs von Gnesen-Posen steht nicht in naher Aussicht. Ein früherer Plan, wonach im Wege der Gesetzgebung eine Maßregel zur Wieder-Besetzung getroffen werden sollte, ist, wie es heißt, nicht verwirklicht worden. Auch möchte die Regierung nicht geneigt sein, einen polnische Strebungen verfolgenden polnischen Prälaten zuzulassen, besonders, wenn ein solcher als „Primas" von Polen aufzutreten geneigt sein sollte.

— Das „Berliner Volksblatt" meldet: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat in ihrer letzten Sitzung einmüthig beschlossen, für die Regierungsvorlage, den Nordostseekanal betreffend, zu stimmen. Spezielle Wünsche, denen die Redner der Partei im Plenum Rechnung zu tragen haben, wurden laut in Bezug auf die Trennung der militärischen von den handelspolitischen Interessen, ferner bezüglich der Lohnverhältnisse der bei dem Kanalbau beschäftigten Arbeiter, doch wurde ausdrücklich betont, daß alle diese Bedenken auf die Gesammt-Abstimmung nicht ausschlaggebend sein könnten. Die sozialdemokratische Fraktion wird also ohne jegliche Bedingung für die Regierungs-Vorlage sich erklären.

— Nachdem die „Kreuzzeitungs-Partei" im Reichstage, wo sie innerhalb der deutschkonservativen Fraktion verhältnißmäßig schwach vertreten ist, von den Regierungs-Konservativen so gründlich verurtheilt und auch thatsächlich in den Hintergrund gedrängt worden ist — wenigstens für den Augenblick —, ist man sehr begierig, wie sich das Verhältniß zwischen Regierung und Konservativen im neuen Abgeordnetenhause anlassen wird, wo die konservative Fraktion weitaus die stärkste ist, und wo innerhalb derselben die feudalhochkirchlichen Elemente der „Kreuzzeitungs-Partei" die ausschlaggebende Rolle gespielt haben, als deren eigentlicher Führer, wenn auch hinter den Koulissen, der Minister des Innern und Stellvertreter des Fürsten Bismarck, der Vizepräsident des Staatsministeriums, Herr von Puttkamer, gilt.

— Das Projekt des Branntweinmonopols liegt fertig vor, und seine Verwirklichung wird von der Regierung mit Dampfkraft betrieben. Die „Zeitschrift für Spiritus-Industrie", die es als Organ der Spiritusfabrikanten wissen muß, sagt es ganz deutlich heraus, indem sie erklärt:

„Die Reichs-Regierung hat ein fertig ausgearbeitetes Projekt, welcher über kurz oder lang an den Bundesrath und Reichstag gelangen wird. Die Berathung im Bundesrath wird eine kurze sein, denn offenbar hat über

das Projekt von Finanzminister zu Finanzminister eine direkte Verständigung stattgefunden, so daß es sich gar nicht mehr um eine eigentliche Berathung handeln wird. Sei es vor dem Fest oder sei es unmittelbar nach Neujahr, die Vorlage wird an den Reichstag gelangen. Wir müssen zufrieden sein, daß die Regierung für ein bestimmtes Reformprojekt eintritt, und müssen andere Pläne, welche dem Regierungsprojekt möglicherweise entgegentreten könnten, zurückhalten. Die Aktion der Regierung könnte sonst direkt gelähmt werden."

Wir bedauern, unsererseits den Rath des Spiritusblattes nicht befolgen zu können, werden vielmehr nach wie vor offen und entschieden darauf ausgehen, die gegenwärtige „Aktion der Regierung in dieser Frage zu lähmen" und Raum für eine gute und gesunde Reform der Branntweinsteuer zu schaffen. Daß in dieser Beziehung noch nicht Alles verloren ist, beweist die Besorgniß, die aus den Aeußerungen des Branntweinbrenner-Organs spricht und die Aengstlichkeit, mit der dieses sich um die Bezeichnung „Branntweinmonopol" herumzudrücken sucht. Es bittet auch seine Freunde, den Namen möglichst zu vermeiden und lieber von einer „kombinirten Fabrikat- und Lagersteuer" zu sprechen, deren Begriff es folgendermaßen definirt:

„Der Rohspiritus wird an Staats-Depots oder an das „Staats-Lager" seitens der Brennereien geliefert, aus dem Staats-Lager kauft den Spiritus jeder Interessent gegen Erlegung des Preises und der Steuer. Aus dem Staats-Lager kaufen also der Kaufmann und Händler, der Raffineur oder Exporteur, der Destillateur oder wer sonst Spiritus gebraucht."

Kiel 17. Dezember. In der Eckernförder Bucht hielten in diesen Tagen mehrere auf der Werft des „Vulkan" in Stettin für die griechische Regierung erbaute Torpedoboote Probefahrten ab, wozu der Ingenieurchef der hellenischen Marine, Cricaloites, der Fregatten-Kapitän Saktowris aus Athen und der Direktor der Werft des „Vulkan" aus Stettin dort anwesend waren. Die praktischen Uebungen mit den Torpedobooten in der kaiserlichen Marine haben ergeben, daß in der Regel eine wirksamere Thätigkeit zu ermöglichen ist, wenn sechs bis acht Fahrzeuge zu einem Verbande formirt sind. Es ist daher Bedacht genommen, derartige ständige Einrichtungen zu treffen. Die Leitung solcher Verbände oder Divisionen, die zum Gebrauch auf hoher See bestimmt sind, hat von einem größern Boot, dem sogenannten Divisionsboot aus, zu geschehen. Da unsere Marine aber derartige größere Torpedoboote nicht besitzt, im verflossenen Sommer vielmehr für diesen Dienst zwei Avisos und einen Tender in Anspruch genommen werden mußten, so ist die Anschaffung derselben als dringend nothwendig erschienen und eine entsprechende Summe dafür in den Marinehaushalt für das Jahr 1886 87 eingestellt. Die Kosten eines jeden Bootes, das außer dem zur Befehlsführung erforderlichen Personal eine Reserve an Mannschaften, Material und Inventar für die ganze Division an Bord führen wird, werden sich belaufen mit der Torpedo- und artilleristischen Ausrüstung, sowie mit Werkstattseinrichtung und sonstiger Ausstattung auf 580,000 Mark.

Das ist, wie man sieht, voll und ganz das Branntwein-Betriebs-Monopol, wie wir es seither stets aufgefaßt und bekämpft haben. Die Bezeichnung als Monopol ist mißliebig, wie die Sache selbst; aber sie nennt ehrlich das Kind beim Namen und gerade darum behalten wir sie bei.

Ausland.

Petersburg, 15. Dezember. Die schon erwähnte Verordnung betreffend den Bau lutherischer Kirchen in den Ostseeprovinzen beruht, wie der „Magdeb. Ztg." geschrieben wird, auf einem alten, schon längst außer Kours befindlichen Gesetz, laut welchem an einem Orte nichtrussische Kirchen nicht anders gebaut werden dürfen, als nach vorheriger Einholung eines Zeugnisses von der russischen Geistlichkeit des betreffenden Bezirks, daß ihrerseits kein „Hinderniß" für den Bau einer nichtrussischen Kirche vorhanden sei. Dies Gesetz, welches in den Ostseeprovinzen niemals zur Anwendung gekommen ist, hat man hervorgesucht und nun dort eingeführt. Daß das „Hinderniß" jedem künftigen Bauprojekt entgegentreten wird, ist selbstverständlich. Das nennt man reformiren. Weitere Reformen betreffen das Justiz- und Polizeiwesen. In dem schon 1880 ausgearbeiteten Statut für Einführung des Friedensgerichts in den Ostseeprovinzen war der Sache ein gewisser ständischer Charakter gewahrt worden, indem die Friedensrichter von der Landesbevölkerung gewählt werden sollten. Dieses paßt aber der gegenwärtigen Richtung nicht, denn, heißt es, man wird natürlich nur die „deutschen Barone" zu Friedensrichtern wählen, welche stets zu Gunsten der Deutschen entscheiden und die eingeborene slavische und baltische Bevölkerung nach wie vor bedrücken werden. Der Wahlparagraph soll deshalb wo möglich ganz gestrichen werden und die Regierung wird sich, wie dies in den nordwestlichen Gouvernements der Fall ist, vorbehalten, die Friedensrichter selbst zu ernennen. Natürlich werden es lauter Russen sein. Wie dieselben in dem fremden Lande mit der schwierigen Aufgabe fertig werden wollen, dürfte räthselhaft bleiben, jedenfalls aber wird es für das deutsche Element ein neuer schwerer Schlag sein. Auch hinsichtlich der Polizeiverwaltung, namentlich der Landpolizei, steht eine Neuerung in demselben Sinne bevor. Bis jetzt ist die baltische Landpolizei der Ritterschaft untergeordnet und wird auch von ihr eingesetzt. Diesem Verhältniß soll nun ein Ende gemacht und das ganze Polizeiwesen soll nach dem System des russischen Polizeiwesens reformirt werden, d. h. alle Polizeiämter werden durch die Regierung allein besetzt werden, und natürlich mit Leuten, die von ihrer „russischen Gesinnung" Zeugniß abgelegt haben.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 20. Dezember. Ueber die gegenwärtig den Studirenden der Medizin auf den Gymnasien gegebene Vorbildung spricht sich Professor Esmarch in Kiel in einem Schreiben vom 8. d. Mts. an den Realschul-Direktor Kummer in Braunschweig mit großer Schärfe und Bitterkeit aus. Es heißt daselbst:

„Ich will nicht länger zögern, es auszusprechen, daß ich in Betreff der Nothwendigkeit einer gründlichen Schulreform mit meinen Kollegen Hensen, Flemming, Stimming, Hüter, Fick u. A. völlig übereinstimme und daß ich es für meine Pflicht halte, dies überall auszusprechen, wo sich dazu Gelegenheit bietet. Die Ueberzeugung, daß der Geist unserer Jugend verkümmert unter dem Zwange, sich vorzugsweise mit Gegenständen beschäftigen zu müssen, welche für sie wenig Interesse und keinen bleibenden Werth haben, gewinnt offenbar unter den Gebildeten unserer Nation immer mehr Boden, und, stets bemüht, auch die Meinung Anderer darüber zu erforschen, habe ich gefunden, daß die große Mehrzahl mit mir derselben Ansicht ist, wenn auch Viele es nicht wagen, dies offen auszusprechen, weil sie fürchten, für Ketzer oder Ungebildete (Neobarbaren) gehalten zu werden. Was nun meine Ansicht über die Frage betrifft, ob für die Mediziner die philologische oder die realistische Vorbildung vorzuziehen sei, so bin ich außer Stande, zu beurtheilen, ob die Ausbildung, welche die Schüler der Realgymnasien erhalten, für den zukünftigen Arzt zweckmäßiger sei, als die der „humanistischen" Gymnasien, da wir Professoren ja nur selten Gelegenheit haben, Schüler von Realgymnasien unter unseren Studirenden zu sehen. Die Gründe aber, welche von Seiten der klassischen Philologen gegen die Zulassung der Realschüler zum medizinischen Studium geltend gemacht werden, erscheinen mir äußerst schwach. Daß für die Vorbildung zum Studium der Medizin die meisten Gymnasiasten nur sehr Geringes leisten, ja, daß die meisten unserer Studirenden eine ganz ungenügende Vorbildung für unser Fach von der Schule mitbringen, davon habe ich mich durch langjährige Erfahrung überzeugt. Zunächst muß doch verlangt werden, daß der Arzt eine allgemeine Bildung besitze. Daß aber viele von den auf den Gelehrtenschulen gebildeten Studenten das nicht mitbringen, was man jetzt „allgemeine Bildung" nennen sollte, darüber herrscht z. B. in unserer Fakultät kein Zweifel. Dazu gehört doch vor Allem eine ausreichende Kenntniß der neueren Sprachen, namentlich der englischen und französischen, dazu gehört eine genügende Beherrschung der eigenen Muttersprache, eine Fülle von auf Anschauung gegründeten naturwissenschaftlicher und geographischen Kenntnissen und endlich die Fähigkeit, seinen Gedanken auch durch den Zeichenstift einen einigermaßen genügenden Ausdruck zu geben. Alles das scheint den meisten Abiturienten von Gymnasien zu fehlen, und kann auf der Universität nur kümmerlich nachgeholt werden, weil die Fachstudien die ganze Zeit allzusehr in Anspruch nehmen. Als klinischer Lehrer habe ich hinlänglich Gelegenheit, mir über den Bildungsgrad meiner Zuhörer ein Urtheil zu bilden, da ich dieselben täglich am Krankenbett examiniren, die von ihnen verfaßten Krankengeschichten vorlesen und beurtheilen und endlich die Doktor-Dissertationen, welche sie über die in meiner Klinik beobachteten Fälle schreiben, kritisiren muß. Dabei habe ich gefunden, daß nur Wenige fähig sind, die sinnlichen Eindrücke gut und schnell aufzufassen, klar zu beurtheilen und folgerichtig wiederzugeben. Sehr oft stößt man auf eine Art von Apathie, von geistiger Kurzsichtigkeit, welche schlimmer ist, als die ebenso häufige, in der Schule erworbene Kurzsichtigkeit des Auges. Es ist, als ob der jugendliche Geist verkümmert sei, seine Frische verloren habe unter der vorwiegenden Beschäftigung mit den grammatischen Spitzfindigkeiten und dem Auswendiglernen von all' den Regeln mit zahllosen Ausnahmen, während die Fähigkeit, zu beobachten, die in der Jugend so sehr nach Befriedigung strebt, verloren gegangen ist unter der Ueberhäufung mit Lehrgegenständen, die für den jugendlichen Geist wenig Interesse haben können und denen Anschauung nicht zu Grunde gelegt wird. Ich glaube und hoffe, daß es nicht mehr allzulange dauern wird, bis der Unwille über das jetzt noch herrschende System den größeren Theil aller Gebildeten in Deutschland gepackt haben wird. Dann wird eines Tages ein pädagogischer Luther oder Stephan erstehen, der die Wälle durchbricht und der Alleinherrschaft der Grammatokraten ein Ende macht, und unsere Kindeskinder werden eine glücklichere Schulzeit haben, als wir und unsere Kinder sie gehabt haben.

— Bei Strandung von Schiffen bleiben Rettungsversuche mit Mörser- und Raketen-Rettungsapparaten nicht selten nur deshalb erfolglos, weil die Schiffbrüchigen diese Apparate nicht richtig zu benutzen verstehen. Um diesem Uebelstande entgegenzuwirken, hat die Verwaltung der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger in Bremen eine allgemein verständliche Anweisung zur Handhabung solcher Rettungs-Apparate zusammenstellen und auf Zinktafeln überdrucken lassen, welche letztere zum Selbstkostenpreise (70 bis 75 Pf. für das Stück) abgegeben werden und dazu bestimmt sind, an Bord der Schiffe an gut sichtbarer Stelle angebracht zu werden. Der Herr Handelsminister hat angeordnet, solche Anweisungen auf Zinktafeln unentgeltlich an alle preußischen Rheder und Schiffer abgeben zu lassen, welche in der Empfangs-Quittung sich zur Anheftung der Tafeln auf ihren Schiffen verpflichten, jedoch ist mehr als ein Exemplar nur für Passagierschiffe abzugeben. Der Herr Regierungs-Präsident fordert die Rheder und Schiffer in Folge dessen auf, den Bedarf an solchen Anweisungen bei dem nächsten Seemanns-Amte, dem Lootsen-Amte oder der Hafen-Behörde anzumelden.

— In der Woche vom 6. bis 12. Dezember kamen im Regierungsbezirk Stettin 92 Erkrankungen und 23 Todesfälle in Folge von ansteckenden Krankheiten vor; auch in dieser Woche ist Diphtherie mit 64 Erkrankungen und 19 Todesfällen am stärksten vertreten; davon Stettin mit 8 Erkrankungen (4 Todesfällen). Es folgen Scharlach und Rötheln mit 15 Erkrankungen, davon 4 in Stettin. An Darm-Typhus erkrankten 7 Personen (1 Todesfall), davon 4 in Stettin, an Masern 3 Personen, und an Kindbettfieber 3 Personen (3 Todesfälle). Im Kreise Demmin kam kein Erkrankungsfall in Folge von ansteckenden Krankheiten vor.

— Eine Anerkennungs-Urkunde, welche ausgestellt worden ist in Veranlassung der Mittheilung des Kontokurrent-Auszuges seitens des Geschäftsfreundes, und in welcher der mitgetheilte Rechnungsauszug für richtig befunden und anerkannt wird, daß der zu Gunsten des Geschäftsfreundes verbliebene Saldo gleichlautend auf die Rechnung des Anerkennenden vorgetragen worden, ist nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 4. Zivilsenats, vom 12. November d. J., keine Schuldverschreibung im Sinne des preußischen Stempelgesetzes vom 7. März 1822 und unterliegt demnach nicht der in diesem Gesetz für Schuldverschreibungen vorgeschriebenen Stempelpflicht.

— Vorgestern Abend fand im Reinke'schen Lokale eine von den Beamten der Betriebsämter Vor- und Hinterpommern arrangirte Weihnachtsbescheerung von 6 Knaben und 11 Mädchen statt. Die Kinder erhielten vollständige Bekleidung, sogar Stiefeln und außerdem das übliche Naschwerk. Mit der hübschen Feier waren ernste Vorträge und Ansprache verbunden. Nach Schluß vereinigten sich die Familien der Geschenkgeber noch zu einem gemüthlichen Tanzkränzchen.

— Auf dem Hofe des Hauses Baumstraße Nr. 3 wurde gestern früh die Leiche des etwa 20 Jahre alten Arbeiters Karl Trettin gefunden und nach der städtischen Leichenhalle geschafft. Der Verstorbene hatte sich gestern Abend in die dort zwei Treppen hoch befindliche Wohnung seines Vaters begeben wollen und sich, als er keinen Einlaß fand, auf dem Hofe niedergelegt, wo er in Folge ungenügender Bekleidung anscheinend erfroren ist. Die übrigen Einwohner des Hauses hatten in der Nacht wiederholt gehört, wie er vor der elterlichen Wohnung um Einlaß bat, den er aber nicht erhielt. T. soll, weil er arbeitsscheu war und sich gewöhnlich umhertrieb, mit seinem Vater zerfallen gewesen sein.

— Dem Herrn Otto Retz, Besitzer des „Thalia-Theaters", ist auf sein Gesuch von der Polizei-Direktion der Konsens zur Anlage eines Holz- und Kohlenplatzes auf dem Platze des abgebrannten Thalia-Theaters in der Birkenallee ertheilt worden.

— Unser Bericht über die Konstituirung eines Lokalverbandes der hiesigen Kegelklubs ist insofern richtig zu stellen, als zum Stellvertreter des Vorsitzenden nicht ein Schuhmachermeister Reseggel, sondern Herr Kaufmann Paul Rerygel gewählt ist.

— Die Volkszählung in Pommerensdorf am 1. Dezember d. Js. ergab 903 männliche und 972 weibliche Einwohner, zus. 1875 (gegen 1637 im Jahre 1880 und 1416 in 1875).

— Die Einwohnerzahl in Grabow a. O. betrug bei der letzten Volkszählung 7059 männl. und 7476 weibl., zus. 14,535 (gegen 13,674 in 1880 und 10,238 in 1875).

— In der Woche vom 13. bis 19. Dezember wurden in der hiesigen Volksküche 1702 Portionen verabreicht.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Das Glöckchen des Eremiten." Komische Oper in 3 Akten. — Bellevuetheater: „Die Wichtelmänner." Weihnachtsmärchen mit Gesang und 6 Bildern.

Montag: Stadttheater: „Die Wichtelmänner."

Der Kaiser hat für ein in Lübeck zu errichtendes Geibel-Denkmal zum zweiten Mal den Betrag von 1000 Mark bewilligt.

Vermischte Nachrichten.

— (Ein origineller Pumpbrief.) Ein ehemaliger Sekundarius im Allgemeinen Krankenhause und gegenwärtig praktischer Arzt in Mariahilf in Wien erhielt kürzlich ein großes, mehrfach versiegeltes Schreiben durch die Post zugestellt. Neugierig öffnete er dasselbe und das erste, das ihm in die Hand fiel, war ein regelrecht ausgefertigtes Testament, welches ungefähr folgenden Wortlaut hatte: „Ich vermache dem Herrn Sekundar-Arzte M . . ., der mich während einer schweren Krankheit aufopfernd und mit größter Menschenfreundlichkeit gepflegt hatte — fünftausend Gulden. Desgleichen soll aus meinem Nachlasse der Direktion des Allgemeinen Krankenhauses die Summe von 2000 fl. ausbezahlt werden." Erstaunt legte der Arzt das Schriftstück aus der Hand und hob ein Blatt Papier auf, das neben demselben gelegen war. Darauf stand geschrieben: „Hochgeehrter Herr Doktor! Beiliegendes Testament habe ich im Jahre 1880 geschrieben, als ich damals von jener schweren Krankheit genas. Seit jener Zeit bin ich leider durch unverschuldete Unglücksfälle um mein ganzes Vermögen gekommen und befinde mich in großer Noth. Nehmen Sie nun — da ich Ihnen nichts mehr vererben kann — den Willen für die That. Erbarmen Sie sich meiner und retten Sie mich mit einem Gulden aus der ärgsten Noth. . . ." Der Arzt lachte recht herzlich über dies Schreiben und sandte dem Manne — einem ehemaligen Hausbesitzer aus der Floriani-Gasse — der ihm so großmüthig 5000 Gulden testirt, den verlangten Gulden.

— Der eben von den Engländern entthronte König Thibo von Birma war ein großer Freund des indischen Theaters, besonders aber des Dramas. Um nun seine Lieblingsschauspieler gehörig belohnen zu können, hatte er für dieselben eine besondere Art von Geschenk erdacht. Er ließ nämlich aus einer Silber-Imitation Kokosnüsse anfertigen, die er dann mit Juwelen und Schmuckgegenständen von verschiedenem Werthe anfüllte. Die Nüsse wurden dann auf einen Tisch gelegt, worauf ein Schauspieler nach dem andern vortrat und sich eine solche Nuß auswählte. Je nachdem der Schauspieler vom Glücke begünstigt war, fand er in der Nuß bald höchst werthvolle, bald nur einfache Schmuckgegenstände vor.

— (Vorsichtig.) „Aber, lieber Freund, Sie haben jetzt ein Zimmer ebener Erde und noch dazu nach dem Garten hinaus gemiethet. Das ist ja anerkanntermaßen wegen der Ausdünstung der Erde höchst ungesund!" — „Schon wahr! Nun habe ich aber den Schwur gethan, mich zum Fenster hinauszustürzen, wenn Fräulein Lydia mir ihr Jawort nicht giebt."

— (Ein ausgegangener Haushalt.) „Fräulein, könnt ich wohl den Herrn Doktor sprechen?" — Bedaure, er ist soeben ausgegangen. — „Ist die gnädige Frau denn zu Hause?" — Nein, sie ist mit dem Herrn Doktor ausgegangen. — „Erlauben Sie, so lange zu warten, bis die Herrschaften zurückkehren? Ich will mich inzwischen am Ofen wärmen." — Das wird wohl nicht gehen. — „Warum denn nicht?" — Ei, der Ofen ist auch ausgegangen.

— Ein praktischer Dichter scheint der als Verfasser verschiedener italienischer Operntexte nicht unbekannte Italiener Antonio Ghislanzoni in Caprino-Bergamour zu sein. Derselbe hat jüngst ein Zirkular in die Oeffentlichkeit gesendet, mit welchem er das Erscheinen seiner gesammelten Schriften ankündigt und das nachfolgenden denkwürdigen Schlußsatz enthält: „Alle meine Freunde und Bekannten, welche zufällig die edle Absicht haben sollten, mir nach meinem Tode einen bescheidenen Denkstein zu setzen, bitte ich hiermit, mir bereits im Vorhinein diesen zarten und traurigen Tribut abzustatten, indem sie auf die erste Serie meiner Werke abonniren. Für den Denkstein werde ich, falls die Einnahme des Verlagswerkes die für meine Existenz und die Herausgabe nöthige Summe übersteigen, mit dem Ueberschusse selbst sorgen, so daß Niemand mehr meinetwegen später noch Ungelegenheiten haben wird."

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Aachen, 19. Dezember. Wie die „Volks-Zeitung" meldet, sind heute durch ein Grubenunglück auf der Grube Gouley in Morsbach bei Aachen 19 Arbeiter verunglückt, von denen 2 todt zu Tage gefördert wurden.

London, 19. Dezember. In Folge der aus Egypten eingegangenen Nachrichten hat die Regierung dem General Fremantle befohlen, die Garnison in Akascheh und Kosheh zu verstärken, und werden zu diesem Zwecke beträchtliche Detachements aus Assuan entsendet werden.

Petersburg 19. Dezember. Der russischen „Petersburger Zeitung" zufolge soll der bisherige russische Generalkonsul in Sofia, Staatsrath Kojander, nicht auf seinen Posten in Sofia zurückkehren, sondern nach Athen versetzt werden.

Rom, 18. Dezember. Die Deputirtenkammer hat die Konvention wegen Uebernahme der Zinsgarantie für die Neun-Millionen Anleihe genehmigt.

Madrid, 18. Dezember. Die Veränderungen in der Besetzung der diplomatischen Posten im Auslande sind, wie verlautet, bis nach der Auflösung der Kortes verschoben.

Seit einigen Tagen tritt hier die Pockenkrankheit sehr heftig auf, heute betrug die Zahl der an den Pocken Gestorbenen 18.

Belgrad, 19. Dezember. Der König hat die internationale Waffenstillstands-Kommission in Audienz empfangen. Serbischerseits ist der Chef des Generalstabs, Oberst Topalovic, zu den Verhandlungen mit der Kommission beauftragt.

Pirot, 19. Dezember. Die Waffenstillstands-Kommission war diese Nacht in Ak-Palanka und trifft heute hier ein.